

EU-IMPORTZÖLLE

IN VIELEN LÄNDERN EUROPAS IST DER AUSBAU DER PHOTOVOLTAIK INS STOCKEN GERATEN. ALS EIN GRUND DAFÜR GELTEN ANTIDUMPINGZÖLLE UND MINDESTEIFUHRPREISE AUF IMPORTIERTE CHINESISCHE SOLARMODULE.

WACHSTUMSBREMSE STATT SCHUTZ

||||| TEXT: SASCHA RENTZING

Die Aussichten für die Solarenergie in Europa bleiben bescheiden: In Deutschland gehen die Übertragungsnetzbetreiber in ihrer aktuellen Mittelfristprognose der erwarteten Einspeisung aus erneuerbaren Energien für die Jahre 2016 bis 2020 davon aus, dass 2017 maximal eine Solarstromleistung von 2,2 Gigawatt neu installiert wird. 2018 bis 2020 verbessern sich die Aussichten nur leicht: Pro Jahr wird ein Zubau von 2,3 Gigawatt erwartet. Damit dürfte nicht einmal das ohnehin schon bescheidene Ausbauziel der Bundesregierung erreicht werden, die im Er-

neuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 einen jährlichen Ausbaukorridor für Photovoltaik in Höhe von 2,4 bis 2,5 Gigawatt pro Jahr vorgegeben hat.

Auch in anderen europäischen Ländern ist der Solarausbau ins Stocken geraten. Einstige Boommärkte wie Italien oder Spanien haben deutlich an Bedeutung eingebüsst, und selbst als Newcomer gehandelte Länder wie die Schweiz haben an Dynamik verloren. Zwar hat nach Informationen des Solarenergie-Fachverbands Swissolar die hohe Sonneneinstrahlung dazu beigetragen, dass 2015 rund zwei Prozent des Strombedarfs der Schweiz mit Photovoltaik gedeckt werden konnten.

Doch mit einer neu installierten Leistung von 300 Megawatt wurde beim Zubau nur das Vorjahresniveau erreicht. Um spätestens in 20 Jahren den heutigen Atomstromanteil von 40 Prozent zu ersetzen, müssten die Neuinstallationen mindestens verdoppelt werden, fordert Swissolar. Der Verband sieht das Potenzial, dass Photovoltaik den wegfallenden Atomstromanteil zu zwei Dritteln kompensieren kann. Derzeit stehen die Zeichen in den europäischen Solarmärkten jedoch nicht auf

Teure Hightech. Solarmodule «made in Germany» genießen einen sehr guten Ruf, dennoch ist die Nachfrage nach der Technik in Europa deutlich zurückgegangen.



Bild: Solarworld



Bild: HHM/Dietmar Hasenpusch

Wachstum. In Deutschland nennen die Übertragungsnetzbetreiber als Grund für die Flaute vor allem Förderkürzungen, die internationale Preisentwicklung und die Unsicherheiten bei den Ausschreibungen für sogenannte Freiflächenanlagen. Seit 2015 erhalten diese Kraftwerke in Deutschland keine gesetzlich festgelegte Vergütung mehr, sondern müssen sich an wettbewerblichen Auktionen beteiligen. Das ist für die Teilnehmer mit viel Aufwand und hohen Vorlaufkosten verbunden. Auch in der Schweiz fehlten finanzielle Anreize für den weiteren Photovoltaikausbau, heisst es bei Swissolar. Als Zukunftsmarkt gelten vor allem private Eigenstromanlagen, die mit Solarspeichern gekoppelt werden können. Mit ihrer Hilfe lässt sich der Bezug von teurem Netzstrom deutlich verringern. Swissolar appelliert deshalb an die eidgenössischen Räte, die Beratungen zur Photovoltaik so rasch wie möglich abzuschliessen, damit ab 2018 wieder die dringend nötigen Mittel für die Förderung erneuerbarer Energien verfügbar seien.

MODULE BLEIBEN TEUER

Aus den Reihen der deutschen Solarbranche kommt eine weitere Erklärung für die Absatzkrise: 2013 hat die Kommission der Europäischen Union (EU) Antidumpingzölle auf chinesische Module beschlossen, um die europäische Solarindustrie vor staatlich subventionierten chinesischen Billigimporten zu schützen. Die Abgaben müssen alle chinesischen Hersteller entrichten, die sich nicht im Rahmen eines

sogenannten Undertakings verpflichtet haben, für ihre Module einen Mindestpreis von 0,56 Euro pro Watt zu verlangen. Das Problem: Während die Preise in anderen Weltregionen mit der Modullernkurve immer weiter sinken, bleibt Solartechnik in Europa durch den festgelegten Mindestpreis künstlich teuer. Die Durchschnittswerte hätten Anfang 2013 und Ende 2014 fast auf dem gleichen Niveau gelegen, trotz den im gleichen Zeitraum erzielten hohen Kostensenkungen in der Fertigung, erklärt Holger Krawinkel vom Energieversorger MVV Energie aus Mannheim. Der Energieexperte ist zugleich Sprecher der Solar Alliance for Europe (SAFE), eines Netzwerks von 40 Unternehmen und Verbänden, das sich bei der EU-Kommission gegen Modulzölle und für freien Wettbewerb einsetzt. SAFE argumentiert: Ohne Handelsbarrieren für die chinesischen Preis- und Technologieführer könnten Module auch in Europa erheblich preiswerter werden, sodass der Knoten bei der Photovoltaik in absehbarer Zeit auch hier platzen könnte. «In zwei bis drei Jahren wäre mit Modulpreisen von weniger als 0,40 Euro pro Watt zu rechnen, in fünf Jahren bereits mit Preisen von weniger als 0,35 Euro. Die Förderabhängigkeit der Solarbranche könnte sich stark verringern», erklärt Krawinkel.

Die Schweiz ist von den Zöllen und Mindesteinfuhrpreisen zwar aktuell weniger betroffen. Denn die meisten Firmen, die ihre Module aus dem Ausland importierten, bezögen diese direkt von chinesischen Modulproduzenten, erklärt Swissolar. Da

Fracht aus Fernost. Solarimporte aus China werden mit Zöllen belegt, um für Marktgerechtigkeit zu sorgen.

es keine Zollunion zwischen der Schweiz und der EU gebe und innerhalb der Schweiz kein Antidumpinggesetz gelte, müssten keine zusätzlichen Abgaben auf diese Importe geleistet werden. Dennoch spricht sich Swissolar gegen Strafzölle aus, da dadurch grundsätzlich die Gefahr bestehe, dass die Preise für Solarmodule anstiegen und Arbeitsplätze gefährdeten. Trotz der breiten Front gegen die EU-Massnahmen haben die Argumente von SAFE in Brüssel bisher kaum Gehör gefunden. Offiziell hätten die Zölle am 7. Dezember auslaufen sollen. Doch die vom deutschen Solarkonzern Solarworld geführte Allianz EU Prosun, die die Antidumpingmassnahmen seinerzeit angestossen hatte, hat bei der EU-Kommission zuvor eine sogenannte Auslaufprüfung des Undertakings beantragt. Diesem Antrag hat die Behörde stattgegeben, weil eine klare Erkenntnis, dass sich China inzwischen an die Wettbewerbsregeln hält und kein Dumping mehr betreibt, fehlt. Das heisst: Zölle und Mindestimportpreise haben nicht am 8. Dezember geendet, sondern gelten für die Zeit der Prüfung weiter. EU Prosun hat sich dadurch erst einmal für längere Zeit Luft verschafft. Die Auslaufprüfung muss erst im März 2017 abgeschlossen sein.

VON DER WELT ABGEKOPPELT

Mit der Entscheidung, den China-Fall noch einmal aufzurollen, trotz die EU-



Bild: SMA

Seltenes Bild: Grosse Freilandanlagen könnten die Photovoltaik in Europa deutlich nach vorne bringen, doch wegen schwieriger politischer Rahmenbedingungen stockt ihr Ausbau.

Kommission der harschen Kritik an den Zöllen. So haben bereits im Vorjahr Abgeordnete aller grossen Parteien des EU-Parlaments die Kommission in einem offenen Brief aufgefordert, die Handelsbarrieren für China abzuschaffen, da die Massnahme die EU-Klimaschutzziele gefährde. Der europäische Photovoltaikverband Solarpower Europe verweist darauf, dass inzwischen insgesamt 21 nationale Solarverbände und -organisationen ein Auslaufen der Mindestimportpreise gefordert haben. Kritik an den Zöllen kommt auch direkt von den Unternehmen. «Die Handelshemmnisse haben der europäischen Solarwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Seit ihrer Einführung ist der europäische Solarmarkt immer weiter geschrumpft. Deswegen gehören Zölle und Mindestimportpreis abgeschafft», erklärt Udo Möhrstedt, Gründer und Vorstandsvorsitzender des Solaranbieters IBC Solar. Die Befürchtung der Firmen, Parlamentarier und Verbände, die Zölle gefährdeten die EU-Klimaziele und Arbeitsplätze in Europa, ist keineswegs abwegig. Während die jährlichen weltweiten Neuinstallationen von 2012 bis 2014 um fast 50 Prozent auf 40 Gigawatt stiegen, sank der Zubau in Europa im gleichen Zeitraum um 60 Prozent auf sieben Gigawatt – ein klares Indiz, dass sich die EU-Staaten von der allgemeinen Entwicklung der Photovol-

taik abgekoppelt haben. Solarworld-Sprecher und EU-Prosun-Präsident Milan Nitzschke sieht jedoch keinen Zusammenhang zwischen den rückläufigen Neuinstallationen in Europa und den Antidumpingmassnahmen. Der Markt sei bereits ein Jahr vor Einführung des Undertakings eingebrochen, und dies sei allein auf politische Entscheidungen in den EU-Mitgliedsstaaten zurückzuführen, in denen die Solarförderung teils dramatisch gekappt worden sei, sagte Nitzschke dem Fachblatt PV Magazine.

EU Prosun bleibt deshalb auch bei seiner Forderung, die Antidumpingmassnahmen beizubehalten. «Dumping ist die grösste Gefahr für Wettbewerb, Arbeitsplätze und Innovation. Solange chinesische Hersteller sich nicht an grundlegende internationale Handels- und Wettbewerbsregeln halten, muss die EU die Massnahmen daher weiter in Kraft behalten», erklärt Nitzschke. Die Hälfte der europäischen Solarindustrie sei den chinesischen Dumpingpraktiken bereits zum Opfer gefallen, 20 000 verlorene Jobs und endlos viel verlorenes Know-how. Nach einer langen Anlaufzeit wirkten die Massnahmen nun endlich. «In der Hochphase hatte China mit dem Verkauf von Solarmodulen zu Dumpingpreisen weit unter den eigentlichen Herstellkosten in Europa über 80 Prozent Marktanteil erlangt. In der Folge der Massnahmen ist dieser zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der europäischen Produktionskapazitäten für Solarzellen und -module konnten erhalten blei-

ben, und inzwischen wird in Europa wieder mit Millionenbeträgen in neue Solarfertigungen und Forschung investiert.» Alleine in Deutschland seien für 2016 Investitionen in Kapazitätserweiterungen in Höhe von über 100 Millionen Euro geplant, heisst es in einer Pressemitteilung von EU Prosun.

Allerdings stellt sich die Frage, wem Handelsbarrieren für China tatsächlich helfen könnten? Die verbliebenen Modulhersteller in Europa lassen sich an einer Hand abzählen, wobei letztlich nur noch Solarworld in grösseren Mengen produziert. Alle anderen ehemaligen Grössen spielen zumindest als Modulproduzenten keine Rolle mehr. Conergy und Schott Solar sind aus der Fertigung ausgestiegen, Bosch hat sein gesamtes Solargeschäft stillgelegt, Q-Cells hat sich dem koreanischen Konzern Hanwha angeschlossen. Unter dem Rückzug der Produzenten haben auch der Solarmaschinenbau und die Forschung gelitten. Wer beauftragt die Anlagenbauer und Wissenschaftler noch? «EU Prosun will eine Industrie retten, die nicht mehr zu retten ist. Tatsächlich geht es hier nur um Solarworld», sagt der Sprecher eines deutschen Solarprojektierers. Auch diesen Einwand müsste die Kommission bei ihrer aktuellen Auslaufprüfung ins Kalkül ziehen. Zölle oder freier Wettbewerb? Die Entscheidung ist alles andere als leicht.

|||||